

Sozialdemokratischer Pressedienst

Verleger und Schriftführer:
Erich Kästner, Berlin.
Telefon: Amt 2404 4126/4128



Stellungs für Verlag und Schriftführung:
Berlin O 20 61, Tele. -Komm. -Büro 1
Telefon: 2404 4126/4128

Die Zeitung wird in der Redaktion
des Tages in der Redaktion des Tages, Berlin O 20 61, Tele. -Komm. -Büro 1
Telefon: 2404 4126/4128

Berlin, den 29. Okt. 1932.

Int. Institut
Soc. Geschichte
Amsterdam

Ein Weltereignis.

Der französische Abrüstungsplan.

SPD. Die Bedeutung des neuen französischen Abrüstungsplanes kann gar nicht unterschätzt werden. Der Plan, den Herriots Vorgänger Tardieu zu Beginn der Abrüstungskonferenz vorgelegt hatte, war nichts als ein grosser Bluff, als ein plumper Reklametrick dieses ehrgeizigen Politikers zu Wahlzwecken. Die Welt hatte das sofort erkannt und ist mit einem verächtlichen Achselzucken darüber hinweggegangen. Tardiens Plan hatte mit Abrüstung nicht das geringste zu tun. Die von ihm vorgeschlagene internationale Völkerbundsarmee bei gleichzeitiger unverminderter Aufrechterhaltung der französischen Rüstungen und der deutschen Ungleichheit, so wie sie durch den Versailler Vertrag festgelegt ist, kam nicht einen Augenblick als ernsthafte Diskussionsgrundlage in Frage. Herriots Vorschlag dagegen stellt insofern einen gewaltigen Fortschritt dar, als er endlich zum ersten Mal eine Preisgabe der militärischen Klauseln des Friedensdiktats durch Frankreich bedeutet. Frankreich ist jetzt grundsätzlich bereit, Deutschland und den übrigen besiegten Staaten das gleiche Wehrsystem wie allen übrigen Ländern zu gewähren, nämlich eine allgemeine Wehrpflicht mit kurzfristiger aktiver Dienstzeit, also das Milizsystem. Neben anderen Voraussetzungen verlangt es dafür, dass alle Berufsheere in Europa, vor allem natürlich die deutsche Reichswehr, zuverschwinden haben. Jetzt begreift man, warum dieser neue Plan zunächst auf so heftige Widerstände beim französischen Generalstab, insbesondere beim General Weygand, gestossen ist, der zeitweise sogar mit dem Rücktritt drohte. Aber schliesslich hat sich in Frankreich die Militärgewalt der politischen Zivilgewalt gefügt, was man leider nicht von allen Ländern sagen kann. Es ist offensichtlich, dass der Grundgedanke des neuen Planes vom Kriegsminister Paul Boncour stammt, der sich immer auch als er noch Mitglied der Sozialistischen Partei war, als ein entschiedener Gegner aller Berufsheere und als ein glühender Anhänger des Milizsystems gezeigt hat. Es war seit jeher Boncours Lieblingsthese, dass man darum nicht herkommen würde, auch Deutschland die allgemeine Wehrpflicht wieder zu gewähren. In Gesprächen mit deutschen Sozialdemokraten in früheren Jahren äusserte er sich sehr betrübt darüber, dass die deutsche Arbeiterklasse im Grunde genommen froh sei, die allgemeine Wehrpflicht los zu sein. Er berief sich dabei immer wieder darauf, dass die Sozialistische Internationale der Vorkriegszeit unter Führung von Jaurès und Bebel für das demokratische Milizwesen und gegen die Söldnerheere eingetreten ist. Ein Blick in unser Erfurter Programm von 1891 bestätigt, dass dies auch wirklich die frühere Auffassung der Sozialdemokratie war. Allerdings haben die Erfahrungen der Kriegszeit bewiesen, dass auch die allgemeine Wehrpflicht keineswegs, wie man es früher glaubte, einen Missbrauch des Heeres zu Angriffszwecken unmöglich macht und dass Volksheere unter Umständen die stärkste imperialistische Kriegswaffe bedeuten können.

Die französischen Sozialisten haben durch ihre Abstimmung in der Nacht zum Sonnabend bekundet, dass sie den neuen Plan Herriots grundsätzlich billigen und niemand wird ihnen einen Vorwurf daraus machen dürfen, denn der Fortschritt ist unverkennbar. Er ist sogar im zähen Kampf mit den Militaristen des Generalstabes errungen worden, die zunächst jedes Zugeständnis an die deutsche Gleichberechtigungsforderung rundweg ablehnten. Dieses Zugeständnis ist nicht gering, aber auch nicht vollständig. Hinsichtlich der Bewaffnung scheint es, als ob Deutschland weiter gewissen Einschränkungen des Versailler Vertrages unterliegen soll, von denen Frankreich und die anderen Länder weiter befreit sein würden. Indessen geht dies aus der Rede Herriots noch nicht eindeutig hervor, aber das war wohl eine der Bedingungen, unter denen Weygand schließlich nachgegeben hat. Darüber muss eben international verhandelt werden mit dem Ziele, dass zunächst der Hoover'sche Vorschlag auf Abschaffung aller Angriffswaffen durchgeführt wird.

Auch die sonstigen Voraussetzungen Frankreichs bieten für Verhandlungen ein weites Feld. Ueber die Forderung der obligatorischen Schiedsgerichtsbarkeit ist kein Wort zu verlieren, sie wird seit jeher von der internationalen Sozialdemokratie entschieden proklamiert. Die weitere Forderung einer allgemeinen internationalen Kontrolle mit obligatorischem Untersuchungsrecht muss von dem Augenblick an bejaht werden, wo die grundsätzliche Gleichberechtigung allen Staaten zugestanden ist. Wenn auch in dem neuen Plan der Gedanke der "Sicherheit" erfreulicherweise stark in den Hintergrund getreten ist, so hat er doch durch die Forderung vom Abschluss neuer regionaler Sicherheitsverträge Eingang gefunden. Wenn damit u.a. das berühmte "Ostlocarno" gemeint ist, so wird das gewiss auf nicht geringe Schwierigkeiten stossen, ebenso wie der Ruf an Amerika, ebenfalls gewisse neue Sicherheitsgarantien zu gewähren. Die Idee der internationalen Streitmacht ist von dem Plan Tardieu übernommen worden, steht aber nicht mehr im Mittelpunkt der französischen Forderungen. Auch darüber liesse sich eine Einigung erzielen.

Für Deutschland und nicht zuletzt für die deutsche Sozialdemokratie wirft der französische Plan eine Fülle von ernsten Problemen auf und er kann deshalb selbstverständlich nicht ohne weiteres bejaht werden. Vor allem die Frage, ob Reichswehr oder Miliz, ist nach den Erfahrungen sowohl der Kriegs- wie der Nachkriegszeit vom finanziellen, innerpolitischen und psychologischen Gesichtspunkt nicht leicht zu beantworten. Aber ohne die Stellung der Partei irgendwie vorweg zu nehmen, lässt sich doch sagen, dass der neue französische Plan zumindest einen Ausweg aus der Sackgasse zeigt, in die das Problem der Weltabrüstung durch das bisherige sture Verhalten sowohl der französischen wie der deutschen Regierung geraten ist.

SPD. Der Freiherr von Gayl aus Ostelbien hat als Sprecher des Kabinetts der Barone angekündigt, dass er und seinesgleichen auf ein Klassenwahlrecht zum Reichstag hinsteuern. Sie wollen ein reaktionäreres Reichstagswahlrecht als unter Wilhelm!

Dieser Uebermut der Reaktion ist nur möglich, weil die klassenbewusste Arbeiterschaft sich nicht einheitlich und geschlossen für das demokratische Recht des Volkes eingesetzt hat, weil ihre Front gespalten ist durch die Schuld der Kommunisten! Die kommunistische Partei hat in tollem Zerstörungswahn gegen die demokratische Verfassung geschwelgt, sie hat ihren Anhängern eingeredet, dass demokratische Volksrechte ohne Bedeutung seien, sie hat offen ihre Feindschaft gegen die demokratische Verfassung verkündet. Gemeinsam mit den Nationalsozialisten hat sie einen Zerstörungskampf gegen die Demokratie geführt, gemeinsam mit den Nazis hat sie die Demokratie geschwächt, und die Folge ist, dass die vorsintflutlichsten Reaktionäre heute mit den Rezepten Friedrich Wilhelms IV. aus den tollsten Reaktionsjahren spielen können!

Ohne die Kommunisten und ihre Verbrechen gegen die freiheitlichen Rechte der Arbeiter hätten die Gayl und Genossen niemals wagen können, so offen ihre Pläne gegen das gleiche Wahlrecht zu verkünden! Von den Worten "das gleiche Wahlrecht ist das Zeichen, in dem wir siegen!" bis zu der antidemokratischen Haltung der KPD führt ein trauriger Abstieg eines Teils der Arbeiterschaft!

Werden die kommunistischen Arbeiter den Wert und die Bedeutung des gleichen Wahlrechts erst erkennen, wenn sie es verloren haben? Soll es mit den demokratischen Rechten und Errungenschaften der Arbeiterklasse erst so werden wie mit ihren sozialen Errungenschaften? Als die sozialdemokratische Partei die sozialen Errungenschaften erkämpfte, wurde sie dabei von der KPD verdächtigt, angegriffen und gehöhnt, die sozialen Errungenschaften wurden als Volksbetrug, als wertlos hingestellt. Heute, wo die Reaktion täglich stärker wird, schreien die Kommunisten: rettet die sozialen Errungenschaften!

Wenn erst wieder die Arbeiterklasse politisch entrechtet sein würde, wenn wenn den Arbeitslosen das Wahlrecht zu 50 Prozent geraubt sein würde, wenn die Zeiten des Herrenkurses und des Klassenwahlrechts wiedergekommen sein würden - ja, dann würden auch die Kommunisten wieder schreien: rettet das gleiche Wahlrecht, verteidigt die demokratischen Rechte des Volkes!

Ihre Sünde an der Freiheit der Arbeiterklasse kann durch nachträgliches Geschrei nicht ausgelöscht werden, ebensowenig wie ihre Sünde an den sozialen Rechten der Arbeiterschaft!

Wir rufen alle Arbeiter auf, sich hinter den Fahnen der Demokratie zu sammeln gegen die Anschläge der finstersten Reaktion! Wir fordern die kommunistischen Arbeiter auf, mit uns gemeinsam das politische Recht der Arbeiter zu verteidigen, mit uns zu kämpfen für die demokratische Verfassung und das gleiche Wahlrecht! Sie haben lange genug nach Sowjetdeutschland geschrien, um nun heute zu erkennen, was dabei herauskommt: nicht eine Räteregierung in Deutschland, sondern ein Regiment der ostelbischen Junker!

Ist aber die Arbeiterklasse einig zur Verteidigung der Freiheit, so ist sie unwiderstehlich! Dann genügt es, dass sie dem Uebermut der Barone ihr festes Nein! entgegensetzt, um den ganzen Spuk der Herrschaft der Barone auseinanderstieben zu lassen.

Wir wenden uns deshalb an die kommunistischen Arbeiter, wir führen ihnen ihre Verantwortung vor Augen! Mögen sie sich wieder besinnen auf den alten Kampfruf:

Das gleiche Wahlrecht ist das Zeichen
In dem wir siegen. Nun wohlan!

SPD. München, 29. Oktober (Eig. Drahtb.)

Als im Juli das Nazibarometer seinen Höchststand erreicht hatte und Hitlers Totalsieg als unmittelbar bevorstehend angekündigt wurde, liess sich die Städtische Sparkasse Coburg, die in das Diktatur-Regime des Nazi-Bürgermeister Schwede einbezogen ist, herbei, unter dem Druck des Hitlerschen Zentralorgans "Völkischer Beobachter" dem Münchener Buchgewerbehaus Müller & Sohn einen ungewöhnlich hohen Hypothekar-Kredit einzuräumen. Die Grösse des Darlehens stand in keinem Verhältnis zu den Mitteln und dem Einlagestand der Coburger Sparkasse, die dadurch zur Hauptgläubigerin der Nazifirma wurde. Diese grosszügige Kreditgewährung der Sparkasse Coburg steht im krassen Widerspruch zu ihrem Verhalten gegenüber einer Reihe Coburger Heimatfirmen, denen Kredite versagt wurden, sodass sie zur Einschränkung oder Stilllegung ihrer Betriebe und der Entlassung von Arbeitern und Angestellten gezwungen waren. Die starke hypothekarische Belastung der Hitlerfirma Müller & Sohn hat in Münchener Wirtschaftskreisen erhebliche Beunruhigung hervorgerufen, da eine Anzahl grösserer Betriebe bei der Firma beträchtliche Guthaben ohne Sicherheit stehen hat, die bei dem jetzigen Stand der Nazi-Partei als verloren angesehen werden.

SPD. Auf die öffentliche Erklärung und Abreibung, die er "Stahlhelm" dem Naziprinzen Auwi verabreicht hat, hat der des Wort- und Treubruches und der Kriegsdrückebergerei beschuldigte Hohenzollernspross jetzt erwidert: er könne "von der reaktionären Stahlhelmführung" nicht beleidigt werden und er lehne es ab, auf "die Schmutzereien" zu antworten.

Der prinzliche Schimpfbold im Nazikostüm zählt sich also zu den feinen und vornehmen Leuten. In der Nazifraktion des preussischen Landtags ist aber bei ihm von diesen guten Manieren nichts zu merken. In den Sitzungen des Landtages hat er sich bisher nur als rüder Pöbelfritze gegen die sozialdemokratischen und republikanischen Minister gezeigt. Selbst gegenüber den sozialdemokratischen Frauen des Landtages kannte er ebensowenig Zurückhaltung wie alle anderen Helden des Dritten Reiches. In den Nazireihen des Landtages sitzen jene Rohlinge, von denen gegenüber den gefallenen Söhnen sozialdemokratischer Mütter der Zuruf kam: "Ihr dummen Ziegen dafür wurden sie euch ja gemacht!" Vielleicht war sogar der Drückeberger Auwi unter den Rufern? Jedenfalls hat damals sein Feingefühl nicht gelitten. Jetzt, wo er dem Stahlhelm antworten soll, da schweigt der sonst so redselige Hitlerprinz. Er bestätigt damit alles, was ihm der Stahlhelm bescheinigt hat. Das sind die Prinzen von Preussen und die Anwärter auf den deutschen Kaiserthron!

SPD. München, 29. Oktober (Eig. Drahtb.)

Der bayerische Ministerpräsident Dr. Held hat dem Reichspräsidenten im Auftrage des Gesamtministeriums telegraphisch folgenden Beschluss übermittelt: "Der Ministerrat hat sich auf Grund der ihm zugegangenen Mitteilungen mit den Plänen der Reichsregierung wegen der Neugestaltung Preussens befasst. Nach seiner Ueberzeugung enthalten die Pläne schwere Eingriffe in die verfassungsmässige Stellung aller deutschen Länder gegenüber dem Reich und untereinander. Das Vorgehen der Reichsregierung bildete eine schwere Enttäuschung für alle, die im Vertrauen auf die Erklärungen der Reichsregierung damit gerechnet haben, dass eine Reichsreform nur auf gesetzlichem Wege und nur nach Verhandlungen mit den Ländern eingeleitet wird. Der Ministerrat bittet deshalb den Herrn Reichspräsidenten, keine Entscheidung zu treffen, bevor nicht mit den übrigen Ländern verhandelt worden ist."

SPD. Breslau, 29. Oktober (Eig. Drahtb.)

Wie die Justizpressestelle Breslau mitteilt, wurden hier drei aus Waldenburg und Umgegend stammende SA-Leute unter dem Verdacht festgenommen, in der Nacht zum 30. Juli einen Einbruch in eine Ziegelei bei Waldenburg verübt und einen Zentner Sprengstoff entwendet zu haben. Mit dieser Festnahme erhöht sich die Zahl der von den schlesischen Polizeibehörden während der letzten Wochen hinter Schloss und Riegel gesetzten Nazi-Terroristen auf 32. Gegen den seit einiger Zeit flüchtigen Führer der SA-Standarte 47 Rauscher wurde wegen Anstiftung zu dem erwähnten Diebstahl ein Haftbefehl erlassen.

SPD. Am Freitag-Abend meldete das amtliche Wolff'sche Telegraphen-Büro, dass das Reichskabinett beschlossen habe, die Kontingentierung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse in allernächster Zeit autonom, d.h. ohne Rücksicht auf das Ausland vorzunehmen. Am folgenden Morgen teilte das amtliche Wolff'sche Telegraphen-Büro der erstaunten Öffentlichkeit mit, dass seine Meldung offiziell zurückgezogen sei.

Es bedarf keines besonderen Scharfsinns um zu erkennen, dass die erste Verlautbarung auf den "allgemeinen" Wunsch eines einzelnen Ministers, nämlich des Ernährungsministers, zurückzuführen ist, während das Dementi wohl auf Drängen des Wirtschaftsministeriums veröffentlicht wurde. Der beschränkte Untertanenverstand aber grübel nun über die Frage nach, was der offizielle Zurückzieher eigentlich zu bedeuten hat. Dabei vermag er sich schlechterdings nicht vorzustellen, dass ein Minister einen Kabinettsbeschluss erfindet, oder eine getroffene Entscheidung so gröblich missversteht, und er muss zu dem Schluss kommen, dass der Ernährungsminister nur die Katze aus dem Sack gelassen hat, der nach der Absicht seiner Kollegen einstweilen - vielleicht bis zum 6. November - noch zugebunden bleiben sollte. Zweifelhaft mag höchstens sein, ob hier ein Missgeschick eines Neulings in Regierungsgeschäften vorliegt oder aber - und das kommt uns wahrscheinlicher vor - der Wunsch, das Kabinett an einer etwaigen Revidierung seines Beschlusses zu hindern. Ganz boshafte Menschen könnten auch auf den Gedanken kommen, dass die ursprüngliche Meldung mit voller Absicht hinausgegeben worden sei, um die Landwirtschaft zu befriedigen und dass ihre Zurücknahme den Zweck hatte, die Industrie zu beruhigen.

Auf alle Fälle liefert das Geschehnis eine hübsche Illustration zu dem Text von der starken, einheitlichen und zielsicheren Regierung, die die Parteiwirtschaft des Reichstags beseitigen will und die Parteiwirtschaft im eigenen Lager hat. Einer steht gegen den anderen, und jeder sucht gestützt auf eine unkontrollierbare und unverantwortliche Clique von Interessenten seinen Pläne zum Siege zu verhelfen.

Dieser Zustand ist die naturnotwendige Folge des Papenschen Systems. Je mehr sich eine Regierung von der Volksvertretung zu lösen sucht, je mehr der parlamentarische Regulator ausgeschaltet wird, um so grösser ist für jeden einzelnen Minister der Anreiz, die ihm besonders am Herzen liegenden Projekte im Kabinett durchzusetzen. Er weiss ja, dass, wenn ihm das gelungen ist, weitere Hindernisse nicht mehr zu überwinden sind. Es braucht nur noch der verhältnismässig einfach zu handhabende Apparat der Notverordnungen in Gang gesetzt zuwerden.

Und das ganze nennt sich "neue Staatsführung".....

SPD. Amtlich wird über den Empfang des preussischen Ministerpräsidenten durch Hindenburg u.a. folgendes mitgeteilt:

Der Reichspräsident führte einleitend aus, dass der Streit zwischen Reich und Preussen über die Verordnung vom 20. Juli durch das Urteil des Staatsgerichtshofes erledigt sei und dass er und die Reichsregierung sich in jeder Beziehung auf den Boden des Urteils stellten. Es müsse beiderseits der loyale Versuch gemacht werden, eine praktische Zusammenarbeit zu ermöglichen, die einerseits die dem preussischen Staatsministerium zuerkannten Rechte berücksichtige, andererseits die Befugnisse des Reichskommissars und die Notwendigkeit einer einheitlichen Reichspolitik wahre.

Ministerpräsident Braun erwiderte, dass das preussische Kabinett sich selbstverständlich ebenfalls auf den Boden des Urteils stelle. Er gab daraufhin eine Darlegung seiner Auffassung von den Folgerungen, die aus dem Urteil zu ziehen seien. Das Staatsministerium müsse in die ihm zuerkannten Rechte wie der eingesetzt werden. Die Befugnisse des Reichskommissars sollten, wenn sie überhaupt noch nötig wären, auf solche Massnahmen beschränkt werden, die zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung notwendig seien. Mit den personellen Veränderungen solle aufgehört werden. Ueber die Vereinfachung und Zusammenfassung der Verwaltungen im Reich und in Preussen könnten alsdann Verhand-

lungen zwischen der Reichsregierung und der preussischen Regierung stattfinden.

Reichskanzler von Papen erklärte zunächst, dass die Reichsregierung die persönliche Integrität des preussischen Ministerpräsidenten und seiner Amtskollegen nicht angezweifelt habe und dass nur staatspolitische Erwägungen zu ihren Massnahmen geführt hätten. Er legte dann seine Auffassung der Lage dar und betonte, dass der Reichskommissar sich nicht darauf beschränken könne, nur für den Schutz von Ruhe und Ordnung zu sorgen, sondern weiter die gesamte Exekutive einheitlich in der Hand behalten müsse. Daraus ergebe sich ohne Weiteres die Verpflichtung, die als notwendig erkannte Reform der preussischen Verwaltung durchzuführen und dann eine spätere endgültige Regelung dieser Frage durch die gesetzgebenden Körperschaften vorzubereiten. Personelle Veränderungen seien nur aus sachlichen Gründen vorgenommen worden. Der Reichskommissar werde der preussischen Staatsregierung die Möglichkeit geben, die ihr zuerkannten Rechte auszuüben, Eingriffe in die Amtsbefugnisse des Reichskommissars aber nicht dulden.

Der preussische Ministerpräsident betonte, dass er demgegenüber auf seine eingangs dargelegten Standpunkt beharre und insbesondere der Durchführung der Verwaltungsreform ohne Verständigung mit der preussischen Staatsregierung widerspreche. Eine Einigung hierüber wurde nicht erzielt.

Im Laufe der Besprechung hob der Reichspräsident hervor, dass es zur Wiederherstellung gefestigter Verhältnisse weiterhin notwendig sei, die staatlichen Machtmittel Preussens und des Reiches in einer Hand zu behalten und die Politik Preussens und des Reiches in einheitliche Bahnen zu führen. Zum Schluss gab er der Hoffnung Ausdruck, dass über die Ausübung der Rechte, die der preussischen Staatsregierung nach der Entscheidung des Staatsgerichtshofes zuständen, eine Verständigung erzielt werden möge. Es wurde vereinbart, dass hierüber weitere Verbindung zwischen der preussischen Staatsregierung und dem Reichskommissar gehalten werden soll.

SPD. Magdeburg, 29. Oktober (Eig. Dr.)

In einer sehr gut besuchten öffentlichen Versammlung der Sozialdemokratischen Partei, die in der Altmärker Stadt Klötze mit dem Magdeburger Oberbürgermeister Reuter als Redner abgehalten wurde, wurde ein raffiniert vorbereitetes Sprengstoffattentat ausgeführt. Nur dem Zufall ist es zu danken, dass grösseres Unheil verhütet wurde.

Die Attentäter hatten vor Beginn der Versammlung in die Deckenverschälung des Versammlungsraumes ein Loch gebohrt, das sich ungefähr $2\frac{1}{2}$ m von der Stelle entfernt befand, an der Reuter sprach. Durch dieses Loch von ungefähr 3 cm Durchmesser wurde das Rohr einer Fahrradpumpe (Fusspumpe) geschoben. Die Fusspumpe war mit Explosionsstoff und Steinen geladen. An dem verschlossenen Ende des Eisenrohre wurden Backsteine als Widerstand angebracht, um den Rückschlag aufzuhalten. Glücklicherweise war die Fusspumpe zu schwach die schwere Ladung auszuhalten. Das Geschoss ging trotz der Backsteine nachhinein in den Saal wurden nur die Papierfetzen und Ladepropfen geschleudert. Nach Reuter etwa eine Viertelstunde gesprochen hatte, ging der Schuss mit ungeheurem Getöse los. Die überfüllte Versammlung, in der sich etwa 400 Personen befanden, darunter viele Frauen, wäre durch eine furchterliche Panik gesprengt worden, wenn nicht der Redner die Versammlungsteilnehmer beruhigt hätte.

SPD. Braunschweig, 29.Okt. (Eig.Drahtb)

Eine öffentliche Versammlung der Eisernen Front in Braunschweig wurde von dem überwachenden Polizeioffizier sofort nach der Eröffnung aufgelöst, weil ein Versammlungsteilnehmer "Weg mit Klagges" gerufen hatte.

Auf eine Frage der örtlichen Kampfleitung der Eisernen Front nach dem Grund der Auflösung antwortete das Polizeipräsidium Braunschweig am Sonntag. Die Auflösung ist erfolgt, weil in dieser Kundgebung von Teilnehmern der Kundgebung Zurufe des Inhalts: "Weg mit Klagges!" "Nieder mit Klagges!" gemacht worden sind und hierin die Beschimpfung eines leitenden Beamten des braunschweigischen Staates, des Herrn braunschweigischen Minister des Innern, zu erblicken ist. Wenn es sie selbst angeht, ist die Nazigesellschaft ausserordentlich empfindlich.

SPD. Köln, 29.Oktober (Eig.Drahtb)

Der Stadtverordnete Heinrich Mainz, einer der Mitbegründer der Kölner Nationalsozialistischen Partei, der vor einigen Wochen das sinkende Nazischiff verlassen hat, richtete jetzt an den Gauleiter der NSDAP, Grohé, einen offenen Brief, in dem er seine bereits früher ausgesprochenen Erfahrungen als Parteiwirt und Inhaber verantwortlicher Parteistellen noch einmal unterstrich, dass "Lumpen, Verbrecher und Betrüger" in der Nationalsozialistischen Partei zurzeit die Hauptrolle spielen. Er wendet sich in dem Brief besonders gegen die vier Spitzenkandidaten der Kölner Nazis zum Reichstag, sowohl gegen Ley wie gegen Schaller, Schmeer und Palm, und behauptet von ihnen so anrüchige Dinge, dass man gespannt darauf sein darf, was die Kölner Nazi auf jene Vorwürfe zu antworten haben werden. Werden sie überhaupt antworten?

In einer Naziversammlung in Köln-Ehrenfeld kam es zu einer schweren Schlägerei mit Kommunisten. 13 Personen wurden verletzt, drei wurden ins Krankenhaus geschafft. Sechs Personen wurden verhaftet.

SPD. London, 29.Oktober (Eig.Drahtb.)

Einem Antrag des Labourführers Lansbury zufolge wird im Parlament vor Ende der Session noch eine grosse Diskussion über das Problem der Arbeitslosigkeit stattfinden. Die Debatte über Ottawa schliesst am kommenden Donnerstag, sodass Freitag, Montag und Dienstag für die Diskussion über das Arbeitslosenproblem frei sind.

SPD. Paris, 29.Oktober (Eig.Drahtb.)

Herriot hatte am Sonnabend-Nachmittag eine Unterredung mit dem Führer der amerikanischen Abrüstungsdelegation, Davis, der von London kommend in Paris eingetroffen ist. Obgleich über den Gegenstand der Unterredung keine Mitteilungen gemacht worden sind, ist anzunehmen, dass Herriot mit Davis vor allem über den französischen Abrüstungsplan gesprochen hat, zumal Davis sich vom Aussenministerium nach dem Kriegsministerium begeben hat, um sich von Paul Boncour wahrscheinlich über die technischen Einzelheiten des Plans unterrichten zu lassen.

SPD. Kopenhagen, 29. Oktober (Eig. Dr.)

Die Verhandlungen der deutschen Kontingentierungskommission mit den dänischen Behörden ziehen sich in die Länge. Ihr Abschluss wird nicht vor Mitte der nächsten Woche erwartet. Ueber den Inhalt der Verhandlungen wurde bisher weder von deutscher noch dänischer Seite etwas bekannt gegeben.

SPD. Paris, 29. Oktober (Eig. Drahtb.)

In St. Nazaire wurde am Sonnabend-Nachmittag in Gegenwart des Präsidenten der Republik der grösste Ozeandampfer der Welt vom Stapel gelassen.

Das Schiff, das von der Gattin des Staatspräsidenten auf den Namen "Normandie" getauft worden ist, wird nach seiner Fertigstellung im Jahre 1934 in den Nordamerika-Dienst der Compagnie Transatlantique eingestellt werden. Es hat eine Wasserverdrängung von 67 500 Tonnen, die etwa 75 000 Bruttoregistertonnen entsprechen. Seine Länge beträgt 313 Meter, seine Breite 36 Meter, die Höhe vom Kiel bis zur Decke der Kommandobrücke 39 Meter. Der Antrieb des Schiffes erfolgt auf elektrische Weise. Vier Dampfturbinen setzen vier Dynamos in Bewegung und diese liefern den Strom für vier Elektromotoren, die mit den Schraubenwellen gekoppelt sind. Die Motoren entfalten eine Kraft von 160 000 PS, die das Schiff mit einer Geschwindigkeit von 29 bis 30 Knoten vorwärts bewegen sollen. Wenn sich diese Berechnung als richtig erweisen sollte, dürfte die "Normandie" der "Europa" das blaue Band des Ozeans entreissen. Der neue Ozeanriese wird mit den modernsten Sicherheitsausrüstungen ausgerüstet und soll mit seinen luxuriösen und komfortablen Passagierkabinen alles bisher Dagewesen übertreffen. Er bietet Platz für 930 Passagiere erster Klasse, 680 in der Touristenklasse und 560 in der dritten Klasse. Die Besatzung wird aus etwa 1300 Personen bestehen.

SPD. Prag, 29. Oktober (Eig. Drahtb.)

Am Sonnabend wurde in Prag der Parteitag der deutschen Sozialdemokraten in der tschechoslowakischen Republik eröffnet. Sofort nach der Wahl des Büros beschloss der Kongress die Absendung eines Telegramms an die Deutschen Sozialdemokratie, in dem die Hoffnung ausgesprochen wird, dass dem heldenmütigen Kampf der Arbeiterklasse Deutschlands am 6. November ein sichtbarer Erfolg beschieden sein möge.

Den Hauptpunkt des ersten Verhandlungstages bildete ein Referat des Fürsorgeministers Dr. Czech, des Vorsitzenden der deutschen Sozialdemokratie. Nach einer Analyse der wirtschaftlichen Krisenerscheinungen wandte sich Dr. Czech den Problemen der Koalitionspolitik zu, denen im gegenwärtigen Augenblick mit Rücksicht auf die Regierungskrise in der Tschechoslowakei besondere Bedeutung zukommt. Czech schilderte sodann die Kämpfe und Leistungen der sozialistischen Parteien in der Regierung und erklärte, dass alle Errungenschaften von beiden Staaten in engster Gemeinschaft erkämpft wurden.

SPD. Paris, 29. Oktober (Eig. Drahtb.)

In den Pariser Zeitungen sind bisher nur wenig Kommentare über den von Herriot bekanntgegebenen Abrüstungsplan zu finden. Nur einige Rechtsblätter beschäftigen sich am Sonnabend mit dem Plan.

Pertinax, der durch seine Vertrauensleute beim Grossen Generalstab bereits über die Einzelheiten des Plans unterrichtet zu sein scheint, äussert im "Echo de Paris" Bedenken über die Möglichkeit seiner Durchführung und er-

klärt, dass selbst wenn er durchführbar sei, er zu zahlreichen Befürchtungen Anlass geben würde. Im übrigen teilt Pertinax mit, dass die Beteiligung Englands an dem regionalen Beistandspakt und die Abschaffung des englischen Berufsheeres nicht vorgesehen zu sein scheine. Der "Temps" will sich erst endgültig über den Plan äussern, wenn er in seinen Einzelheiten bekannt ist. Er erklärt, dass nach den Angaben Herriots Frankreich bereit sei, auf dem Wege der Abrüstung und der Organisation des Friedens weiter zu gehen als irgend eine andere Macht. Das "Journal des Débats" verurteilt den französischen Plan in Grund und Boden. Unter der Überschrift "Will die Kammer Frankreich entwaffnen?" schreibt das Blatt der Schwerindustrie: "Die Regierung wird einen Abrüstungsplan vorschlagen, der nicht fertiggestellt ist und den sie selbst nicht genau zu kennen scheint. Alles was man bisher weiss zwingt zu der Erklärung, dass dieser Plan sehr gefährlich ist und dass er die Existenz der Nation selbst aufs Spiel setzt. Die Regierung hat die Mittel gefunden, ein noch niedrigeres Niveau zu erklären als das Briands und ihr eigenes Niveau. Unter dem Schutze Léon Blums legen Paul Boncour und Herriot einen Plan für die Entwaffnung Frankreichs vor, der keine Art Schutz bietet. Das ist eine Prämie für die Invasion."

SPD. Die Unterredung beim Reichspräsidenten hat mit einem feierlichen Protest des preussischen Ministerpräsidenten Otto Braun geendet. Die amtliche Mitteilung über diese Unterredung ist das öffentliche Zugeständnis, dass ein offener schwerer Verfassungskonflikt abermals ausgebrochen ist. Das Kabinett der Barone setzt trotz dem Leipziger Urteil seine diktatorischen Methoden fort. Es gibt dem Leipziger Urteil eine Auslegung, die sich an den Buchstaben klammert und dabei den Sinn vergewaltigt. Dies Urteil war eine moralische Niederlage des Kabinetts der Barone. Wenn dies Kabinett trotzdem auf seiner Haltung beharrt, so zieht es sich in den Augen des Volkes zur ersten eine zweite noch schwerere moralische Niederlage zu. Denn das Recht steht klar auf der Seite der preussischen Staatsregierung!

Die Verordnung der Reichskommissare über die Auflösung des preussischen Wohlfahrtsministeriums und über Veränderungen in den übrigen preussischen Ministerien stellt zweifellos eine schwere Verletzung von Landeshoheitsrechten dar. Die Verteilung der Kompetenzen der Zentralbehörde war vor der Revolution ein Hoheitsrecht der Krone. Dies Hoheitsrecht ist nach der Revolution auf die Landesregierung übergegangen. Und wenn der Reichskommissar dies Recht an sich nimmt, das allein der rechtmässigen preussischen Staatsregierung zusteht, so verstösst er damit gegen das Leipziger Urteil.

Eine Verwaltungsvereinfachung in Preussen auch in den Zentralbehörden war von der rechtmässigen preussischen Regierung geplant. Dass diese Massnahme auf diktatorischem Wege durchgeführt werden soll, dass die Beschlüsse darüber bereits in Druck gegeben waren, noch vor der Unterredung beim Reichspräsidenten zeigt, dass das Kabinett der Barone keine Verständigung, wie sie das Leipziger Urteil vorschrieb, sondern ein Diktat wollte. Diese Verordnung ist abermals unterzeichnet "das preussische Staatsministerium". Es gibt nur ein preussisches Staatsministerium, und dies rechtmässige preussische Staatsministerium hat der Verordnung seine Zustimmung nicht gegeben.

Das Kabinett der Barone verteidigt seine Haltung mit der Behauptung, dass sein Vorgehen dem Leipziger Urteil entspreche. Es stellt diese Behauptung auf nicht nur der preussischen, sondern auch der bayerischen Staatsregierung gegenüber. Die preussische Staatsregierung setzt dieser Behauptung entschiedensten Widerspruch entgegen. Sie hat die Möglichkeit, Schritte gegen das Vorgehen des Kabinetts der Barone zu ergreifen, sei es vor dem Staatsgerichtshof, sei es im Reichsrat.

Der neue Verfassungskonflikt in Preussen ist ein Teil des grösseren all-

gemeinen Verfassungskonfliktes, eine Folge des organisierten Angriffs auf die Rechte des Volkes, wie sie in der Weimarer Verfassung niedergelegt sind. Dieser grosse Verfassungskonflikt muss durchgekämpft werden - am 6. November und weiterhin, bis das Recht des Volkes gesiegt haben wird.

SPD. Das preussische Staatsministerium erklärt zu der Verordnung des Reichskommissars für Preussen über die Auflösung des preussischen Ministeriums für Volkswohlfahrt usw. folgendes :

I. Eine Verringerung der Zahl der preussischen Ministerien war von der preussischen Staatsregierung für August dieses Jahres in Aussicht genommen; an der Durchführung dieses Plans ist sie durch den Eingriff des Reiches vom 20. Juli verhindert worden. Trotz der Bereitschaft der Staatsregierung zu einer Verständigung über diese Frage, haben Reichsregierung und der Reichskommissar die Verordnung ohne vorherige Fühlungnahme mit der Staatsregierung erlassen. Die betreffende Nummer der preussischen Gesetzessammlung wurde zu gleicher Zeit ausgedruckt, in der die Unterhaltung zwischen Reichskanzler und Ministerpräsident Braun beim Herrn Reichspräsidenten stattfand. Damit hat die Reichsregierung nach Auffassung der preussischen Staatsregierung nicht nur die vom Staatsgerichtshof ausdrücklich gewünschte loyale Zusammenarbeit mit der Staatsregierung ausser Acht gelassen, sondern auch in ein unveräusserliches Hoheitsrecht der preussischen Staatsregierung eingegriffen, nämlich in das früher dem Träger der Krone zustehende Organisationsrecht hinsichtlich der Bestimmung der preussischen Ministerien. Für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung ist ein solches Vorgehen des Reichskommissars keinesfalls erforderlich.

II. Der Reichskommissar hat die Verordnung aufgrund der sogenannten Dietramszeller Ermächtigungsverordnung des Reichspräsidenten vom 24. August 1931 erlassen. Diese Verordnung gibt aber nicht dem Reichskommissar sondern der Landesregierung das Recht, Notverordnungen zu erlassen. Nach der Entscheidung des Staatsgerichtshofs ist Landesregierung nur die preussische Staatsregierung. Wie es in den Gründen der Entscheidung wirklich heisst, kann "an die Stelle der Landesregierung auch vorübergehend kein anderes Organ gesetzt werden". Es war daher aus diesem Grunde unzulässig, die Verordnung aufgrund der Dietramszeller Verordnung noch dazu mit der Unterschrift "Preussisches Staatsministerium" zu erlassen.

+ + +
Es ist überhaupt verfehlt, das preussische Wohlfahrtsministerium gewaltsam auseinanderzureissen, solange nicht über die Frage der engeren Verbindung der Fachaufgaben der Reichszentralbehörden und der preussischen Zentralbehörden entschieden ist, obwohl die Inangriffnahme der Reichsreform unmittelbar bevorsteht. Wenn der Dualismus zwischen Reich und Preussen in der Zentrale beseitigt werden soll, so müssen die entsprechenden Fachministerien des Reiches und Preussens verbunden werden. In diesem Falle würden kurz hintereinander zwei sich entsprechende organisatorische Änderungen stattfinden, was die Verwaltung verwirrt und unnötige Kosten verursacht.

SPD. Krieg oder Frieden? Auch um diese Frage geht es in dem bevorstehenden Wahlkampf. Kein geringerer als Henderson, der Präsident der Abrüstungskonferenz, hat erst dieser Tage auf den Ernst des Kampfes um die Abrüstung hingewiesen. Der Präsident der Kriegsofferinternationale "Ciamac", Bundesrat Brandeis-Wien, hatte an Henderson im Namen von vier Millionen Kriegsschädigten und ehemaligen Kriegsteilnehmern, die der Ciamac angeschlossen

sind, die Bitte gerichtet, mit allen Mitteln den Wiederausammentritt der Abrüstungskonferenz zu ermöglichen und alles daranzusetzen, damit diese Konferenz ein die Welt befriedigendes Ergebnis zeitige.

Henderson beantwortete diese Bitte mit der nachdrücklichen Versicherung, dass er "jetzt mehr denn je von der Wichtigkeit eines fortgesetzten und leidenschaftlichen Kampfes um die öffentliche Meinung für den Weltfrieden durch Entwaffnung überzeugt sei". Henderson schliesst seine Antwort mit folgender Warnung:

"Es naht die Zeit, wo man sich wird entscheiden müssen zwischen einer Politik, die zu einem dauernden Frieden führen wird, und einer Politik, die zu einem Krieg führen muss. In diesem ernsten Moment ist die Unterstützung jedes Bürgers der ganzen Welt für uns notwendig, damit unser Friedenswerk mit Erfolg gekrönt wird."

+ + +

Der Reichsbund der Kriegsbeschädigten hat zum 12. November eine Reichskonferenz nach Königsberg einberufen. Die Hauptaufgabe der Konferenz liegt darin, aus der neuen politischen Situation, die sich nach der Reichstagswahl vom 6. November ergeben wird, für den Kampf um die Wiederherstellung der bis zum Jahre 1930 bestehenden Rechte der Kriegsoffer die erforderlichen Folgerungen zu ziehen.

Die Reichskonferenz wurde nach Königsberg einberufen, weil der grösste Bund deutscher Kriegsoffer damit seine Verbundenheit mit der schwer bedrängten kriegsbeschädigten Provinz Ostpreussen zum Ausdruck bringen will.

SPD. Der Reichskommissar für Preussen hat am Sonnabend die angekündigte Verordnung erlassen, in der u. a. die Auflösung des Ministeriums für Volkswohlfahrt verfügt wird. Die Auflösung soll ab 1. Dezember erfolgen und die Abwicklung Ende Februar beendet sein. Die einzelnen Abteilungen des Wohlfahrtsministeriums werden dem Innenministerium, dem Finanzministerium und dem Handelsministerium angegliedert, das nach der rechtswidrigen Verordnung der Papenbarone in Zukunft "Ministerium für Wirtschaft und Arbeit" heissen soll.

In der Verordnung werden weiter Vereinfachungen des Geschäftsganges für verschiedene Ministerien verfügt.

SPD. Kultusminister Grimme hat an Professor Meinecke anlässlich seines 70. Geburtstages folgendes Telegramm gerichtet:

"Auf einer Wahlreise begriffen bedauere ich, dem Meister der deutschen Geschichtsschreibung heute nicht auch mündlich sagen zu können, dass ich ihm im Namen der preussischen Staatsregierung noch lange Jahre der Frische und Freude wünsche."

In Friedrich Meinecke verehrt eine junge Generation geistiger Deutschen den Gelehrten, dem Geschichtsschreiber nichts geringeres bedeutet als das fördernde Gewissen der werdenden Nation zu sein.

Ich wünsche für Staat und Volk, dass Ihre Arbeit an der Selbstbesinnung der Nation auf den menschheitlichen Inhalt Ihrer Nationalidee noch lange währe und immer mehr zum geistigen Gemeinbesitz in Deutschland werde.

Kultusminister Grimme."



Der Fall Bullerjahn.

----- Beginn der Wiederaufnahmeverhandlung vor dem Reichsgericht.

SPD. Vor dem Strafsenat des Reichsgerichts beginnt am 3. November die auf zwei bis drei Wochen berechnete Wiederaufnahmeverhandlung im Fall Bullerjahn. Der Oberlagerverwalter Walter Bullerjahn war im Dezember 1925 vom Reichsgericht in Leipzig wegen Landesverrats zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt worden - obschon er selbst von Anfang an ganz entschieden bestritt, sich in irgendeinem Sinne gegen das Gesetz vergangen zu haben. Aber das Gericht glaubte nach längerer Verhandlung davon überzeugt sein zu können, dass Bullerjahn im Winter 1924/25 ein geheimes Waffenlager der Berlin-Karlsruher Industriewerke, deren Lagerverwalter er war, an die Interalliierte Kontrollkommission verraten habe. Sofern sich das Urteil auf Indizien stützte, kann heute wohl schon gesagt werden, dass sich jene Indizien im Laufe der Zeit als haltlos und juristisch unzuverlässig herausgestellt haben. In der Urteilsbegründung wurde aber auch ausgeführt, dass das Gericht vielleicht nicht einmal auf die Indizien allein hin eine Verurteilung aussprechen würde, wenn nicht auch "eine ungenannte Vertrauensperson, deren Glaubwürdigkeit über jeden Zweifel erhaben" sei, belastende Angaben über den Verrat Bullerjahns gemacht habe.

Wer diese lange Zeit tatsächlich "ungenannte Vertrauensperson" war, erfuhr die breite Öffentlichkeit auf eine fast romanhaft-eigentümliche Weise. Vor etwa 2 Jahren fuhr eines Tages vor einer Kirche im Berliner Tiergartenviertel eine feudale, fast schwerindustriell prunkende Hochzeitgesellschaft vor. Während der Trauungszeremonie sammelte sich vor der Kirche die übliche Schar Neugieriger an. Als die Menge, nach Beendigung der Feier, gleichsam spalierbildend zur Seite wich, entstürzte ihr eine schwarz gekleidete Frau, die sich dem befrackten, stolz und imposant einherschreitenden Brautvater mit dem Rufe zu Füßen warf: "Herr von Gontard, geben Sie mir meinen Sohn wieder!"

Hier hörte die Welt den Schrei einer Mutter. Der, an den er gerichtet war, ist jener Geheimnisvolle, dessen Aussage im Leipziger Landesverratsprozess die Waage der Gerechtigkeit nach der Schuldseite hin belastet hat. Herr von Gontard war Generaldirektor der Berlin-Karlsruher Industriewerke. Was er im ersten Bullerjahnprozess, der unter Ausschluss der Öffentlichkeit geführt wurde, wirklich sagte, ist heute ebenso wenig sicher wie die moralische Qualifikation des Zeugen: der Schild dieses Mannes, dessen Glaubwürdigkeit einmal über jeden Zweifel erhaben war, soll heute nicht mehr ganz so blank wie früher sein; der Name Gontard fiel im Zusammenhang mit mancher unerquicklichen Affäre. Aber wie dem auch sei, es ist im Interesse des Rechts zu wünschen, dass Herr von Gontard seine Aussage jetzt vor dem Reichsgericht noch einmal macht und noch einmal beschwört. Voraussetzung wäre freilich, dass er der Einladung, die das Reichsgericht an den inzwischen ins Ausland Verzogenen richtete, auch wirklich Folge leistet....

Rein juristisch ist der bevorstehende Bullerjahn-Prozess ein Novum. Denn zum ersten Mal wird das Reichsgericht, das über Fälle wie den gegebenen als letzte Instanz zu urteilen hat, sein eigenes Urteil im Wiederaufnahme-

verfahren nachprüfen. Vorsitzender der im wesentlichen öffentlich bei Lokalterminen an einigen Tagen auch in Berlin geführten Verhandlung wird der frühere sächsische Minister Senatspräsident Büniger sein; Berichterstat-ter ist Reichsgerichtsrat Coenders, der Leiter der Wiederaufnahmeprüfung. Der Angeklagte Bullerjahn befindet sich seit längerer Zeit wieder in Frei-heit. Die vom verstorbenen Reichstagsabgeordneten Paul Levi gemeinsam mit der "Liga für Menschenrechte" betriebene Aufklärungsarbeit hat wohl auch das Reichsgericht allmählich zur Ueberzeugung gebracht, dass eine Schuld=losigkeit des Verurteilten zum mindesten stark im Bereiche der Möglichkeit liegt.

Der offizielle Wiederaufnahmebeschluss erfolgte im März 1932. Unter den Zeugenaussagen, die bei den Reichsrichtern im Sinne der Wiederaufnahme wirkten, spielte auch eine besondere Rolle die Bekundung eines französischen Leutnants Jost in Nancy. Jost war im Jahre 1925 bei der Interalliierten Militär-Kontrollkommission in Berlin. Er erklärte mit Bestimmtheit wieder=holt, dass nicht Bullerjahn, sondern ein anderer das Gontard'sche Waffen=lager an die Alliierten verraten habe. Ob freilich die Persönlichkeit des "anderen" im neuen Prozess ermittelt werden wird, erscheint nach Lage der Dinge mehr als fraglich. Man wird sich damit bescheiden müssen, wenn sich ein Verdächtigter und schwer Geschädigter rehabilitieren kann.

+ + +

62 000 Mark unterschlagen. In Punitz (Sachsen) wurde der Revisor der Kirchenkasse unter der Beschuldigung, 62 000 Mark unterschlagen zu ha=ben, verhaftet.

+ + +

Effektenschieber. Auf Veranlassung der Zollfahndungsstelle Krefeld wur=de der steckbrieflich gesuchte Teppichhändler Nussen Zimmer verhaftet. Zim=mer, nach dem die Staatsanwaltschaft Düsseldorf gleichfalls seit längerer Zeit fahndet, wurde in dem Augenblick überrascht, als er für 51 000 Mark aus dem Ausland eingeführte Effekten verkaufen und ihren Gegenwert wieder ins Ausland verschieben wollte.

+ + +

Unbekannte Goethebriefe. 140 bisher noch nicht bekannte Goethebriefe aus Familienbesitz in Jena sind in diesen Tagen in den Besitz der Bremer Staatsbibliothek übergegangen. Die Briefe, die in absehbarer Zeit in den Schriften der "Bremer Wissenschaftlichen Gesellschaft" veröffentlicht werden sollen, sind von Goethe an den Jenaer Museumsschreiber Johann Michael Chri=stopf Färber gerichtet gewesen, der für Goethe als Sekretär und Jenensis=scher Korrespondent wirkte. Sie geben neue Aufschlüsse über Goethes wissen=schaftliche Arbeit und gewähren darüber hinaus kleine reizvolle Einblicke in Goethes Alltag.

+ + +

11jährige Dichterin... Ein Pariser Verlagshaus setzte einen literari=schen Preis in Höhe von 2 000 Frands für Kinder aus. Von 250 eingesandten Arbeiten kamen nach dem Beschluss eines literarisch durchaus ernst zu neh=menden Gremiums 25 in engere Wahl. Den ersten Preis in Höhe von 1 000 Francs erhielt ein 11jähriges Mädchen für ihre "Geschichte in drei Teilen: Der Kuckuk, die Nachtigall und der Esel." Alle Pariser Blätter bringen das Bild des Kindes.

+ + +

Juwelendiebstahl. Während einer Eisenbahnfahrt von Frankfurt nach Darmstadt wurden einem Kölner Brillantenhändler einige Etais mit mehr als 200 verschieden grossen Brillanten entwendet. Das gestohlene Gut repräsentiert einen Wert von 20 000 Mark.

Feuer im Schloss. Ein Teil des durch seine Schönheit berühmten Schlosses Amorbach im Odenwald wurde durch Grossfeuer eingeäschert. Schloss Amorbach befindet sich im Besitz des Fürsten von Leiningen.

Bluttat der Liebe. In Luxemburg ereignete sich eine furchtbare Bluttat. Ein 22jähriger junger Mann erschoss ein junges Mädchen, das ihn abgewiesen hat und danach den Vater des Mädchens, einen Gastwirt. Die ältere Schwester der Getöteten erlitt gleichfalls schwere Schussverletzungen. Zum Schluss richtete der Täter seine Waffe mit Todeserfolg gegen sich selbst.

Geschichte in Flammen. Eine der schönsten Fachwerkbauten Lüneburgs, ein aus dem 16. Jahrhundert stammender Speicher, malerisch gegenüber dem "Kaufhaus am Wasser" gelegen, wurde durch Grossfeuer zerstört. Der Speicher diente zuletzt als Farbenlager. Man vermutet Brandstiftung.

"Onix". Noch immer ist die Persönlichkeit des geheimnisvollen, angeblich beraubten und betäubten, im allgemeinen nur in wirrer Sprache kauderwelschen Fahrgastes aus dem Schnellzug Wiesbaden-Berlin nicht identifiziert. Das Berliner Krankenhaus Friedrichshain hat den merkwürdigen Mann, den man bisher für einen Simulanten hielt, zur Beobachtung seines Geisteszustandes in die Irrenanstalt Herzberge überführt. Die Polizei macht der Öffentlichkeit Angaben über die Kleidung des Namenlosen. Sie fragt: Wer hat ihm die hellgrauen Gamaschen "Onix" - Art. 3005 F." verkauft?

Wandernde Schätze. Amtliche chinesische Stellen geben bekannt, dass in letzter Zeit aus dem chinesischen Kronschatz Juwelen und Kunstgegenstände im Gesamtwert von rund 350 Millionen Dollar nach Amerika verkauft wurden. Die Chinesen hoffen auf diese Weise ihre Finanzschwierigkeiten meistern zu können.

Eine Arktis-Ausstellung. Die "Internationale Gesellschaft zur Erforschung der Arktis mit Luftfahrzeugen (Aeroarktik)" eröffnete in der Technischen Hochschule Berlin-Charlottenburg eine Ausstellung, die ein lebendiges Bild des Verlaufs und der wissenschaftlichen Ergebnisse der vorjährigen Zeppelin-Arktis-Expedition gibt. Dr. Eckener, der Präsident der Gesellschaft, erklärte in einleitenden Worten die wesentlichen Gesichtspunkte der Arktis-Luftforschung. Der Geschäftsführer der Aero-Arktik, Hauptmann Bruns, hat zusammen mit Professor Berson die Ausstellung, in der man neben zahlreichen Photos u. a. auch die gesamte Arktis-Ausrüstung - bis zum Gummiboot und Zelt für eine Notlandung - sehen kann, eingerichtet.

Rechtskräftig! Der zweite Strafsenat des Reichsgerichts verwarf die Revision der vom Schwurgericht Prenzlau zum Tode verurteilten Frau Ziehm und ihrer Mutter Frau Ladwig. Die Angeklagten hatten im November 1931 in Fürstenberg (Oder) den 7jährigen Stiefsohn der Frau Ziehm gemeinsam vergiftet. Das doppelte Todesurteil ist damit rechtskräftig.

"Autoritäre Handelspolitik."

Eine falsch geleitete Meldung und ihre tiefere Bedeutung.

SPD. Die "Tomatenkommission" wird wahrscheinlich am Dienstag oder Mittwoch von Kopenhagen nach Berlin zurückkehren und dem Reichskabinett über die Verhandlungen mit den Dänen Bericht erstatten. Auch in Kopenhagen hat sich die Kommission mit dem Rundreisebillet einen Korb geholt.

In dieser Situation bemüht sich der Reichslandbund, der schon seit langer Zeit das Schicksal der deutschen Nation grundsätzlich nur vom agitatoren Standpunkt betrachtet, eine Entscheidung in der Kontingentierungsfrage herbeizuführen und die amtliche Handelspolitik vor vollendete Tatsachen zu stellen. So ist der Empfang des Reichsernährungsministers durch den Reichspräsidenten in der Öffentlichkeit vom Reichslandbund und auch vom Deutschen Landwirtschaftsrat so ausgelegt worden, als habe sich der Reichspräsident für autonome Kontingente, also für solche Kontingente, die Deutschland von sich aus, ohne Verhandlungen mit den betroffenen Ländern einführt, stark gemacht. Das war im Anfang der verflossenen Woche. Zu einem zweiten Schlag holten die Autarkiefreunde am Freitag Abend aus. Durch das amtliche Wolff-Büro (W.T.B.) wurde am Freitag Abend die Nachricht verbreitet, dass sich das Reichskabinett auf autonome Kontingente festgelegt habe und dass die Veröffentlichung der Kontingentierungsliste kurz bevorstehe. Es vergingen aber noch nicht ganz 12 Stunden und dasselbe amtliche Wolffbüro musste erklären, dass das nicht alles stimme.

Nun war man der belustigt aufhorchenden Öffentlichkeit doch eine Erklärung schuldig. Die hat man im Laufe des Sonntags gegeben. Natürlich handelt es sich um den bekannten "technischen" Fehler und dieser "technische" Fehler stellt sich wie folgt da: Das Reichsernährungsministerium gibt die Meldung, das Kabinett habe sich für autonome Kontingente erklärt, direkt an das Wolffbüro. Sonst ist es üblich, solche Meldungen erst über die Reichspressestelle zu leiten. Ausgerechnet in diesem Fall gibt das Wolff-Büro die direkt geleitete Meldung des Reichsernährungsministeriums an die Zeitungen weiter, während die Weiterleitung sonst so gehandhabt wird, dass man im Wolff-Büro bei der Reichspressestelle vorher anfragt, ob die Angelegenheit in Ordnung geht.

Also war die erste Meldung über die Zustimmung des Kabinetts zu den autonomen Kontingenten gewissermaßen eine geschmuggelte Meldung. Das erinnert an jenen Husarenritt des Reichsernährungsministers in seiner Münchener Rede, in der der Reichsernährungsminister ohne Wissen des Kabinetts erklärte, die Kontingente stünden bereits fest. Also ein zweiter Husarenritt, mit dem unangenehmen Beigeschmack, dass der Reichsernährungsminister nicht der Initiative der "autoritären" Regierung des Herrn von Papen folgt, sondern dem Agitationsbedürfnis des Reichslandbundes. Die Öffentlichkeit hat mit diesem Fall wohl einen kleinen Vorgeschmack von dem bekommen, was autoritäre Regierung ist.

Die Reichsregierung selbst versichert, dass sie sich erst den Kopenhagener Bericht der Tomatenkommission anhören wolle, ehe sie sich über die Zukunft der Kontingentierungspolitik schlüssig wird.

Währenddess zeigt sich die ganze Gefahr des Kontingentierungsrummels, den wir eigentlich den wirtschaftlichen Phantastereien der mit Industriegeld grossgezüchteten Nazis verdanken.

So scheint man in Holland entschlossen zu sein, mit dem Ablauf des deutsch=niederländischen Handelsvertrages am 31. Dezember 1932 eine wirts= schaft= und handelspolitische Neuorientierung vorzunehmen. Diese Bestre= bungen werden damit begründet, dass Holland Gefahr laufe, zwischen den beiden Hochschutzzollgebieten in Deutschland und England zerrieben zu werden und das Holland naturgemäss auf die Seite Englands getrieben werde, je mehr die deut= sche Handelspolitik Holland abstösst. Aus dieser Erkenntnis heraus hat Hol= land Vertreter nach London entsandt, um dort Handelsvertragsverhandlungen einzuleiten. Diesen Verhandlungen liegt nach holländischen Erklärungen der Gedanke zugrunde, dass die auf der britischen Reichskonferenz in Ottawa be= schlossenen Vorzugstarife innerhalb des britischen Weltreichs die Einbezie= hung Hollands und der skandinavischen Länder in das gewaltige englische Sy= stem zulassen.

Diese Entwicklung - und leider lässt die schwankende Haltung der so= genannten autoritären Regierung in Deutschland kaum etwas anderes erhoffen - bedeutet die wirtschaftspolitische und handelspolitische Isolierung Deutsch= lands.

Wir werden das wahrscheinlich zuerst in der Kohlenversorgung Hollands merken. Holland braucht jährlich ungefähr für 107 Millionen Gulden Kohle. Deutschland liefert davon allein Kohle im Werte von 80 Millionen Gulden. An die Stelle der deutschen Kohlenlieferanten werden die Engländer treten. Wenn Deutschland demnächst in Holland für rund 9,5 Millionen Tonnen Kohle - das ist ungefähr der Gesamtabsatz des rheinisch=westfälischen Kohlsyndikats in zwei Monaten - keinen Abnehmer findet und abermals Zehntausende von Berg= leuten in Rheinland=Westfalen entlassen werden müssen, dann können sich die arbeitslosen Bergleute bei der Regierung von Papen bedanken, die im ent= scheidenden Augenblick nicht die nötige Kraft und den nötigen Mut gegen De= magogie und blosses Agitationsbedürfnis der Grossagrarien und der Nazis auf= brachte.

Holland hat im Jahre 1931 von Deutschland für rund 620 Millionen Gulden Waren gekauft, Deutschland von Holland nur für etwa 255 Millionen Gulden. Auf die Riesengewinne aus dem deutsch=holländischen Warenverkehr will man leichtsinnig verzichten. Hunderttausende von Menschen, die für den Waren= export nach Holland arbeiten, will man dem Fluch der Arbeitslosigkeit über= antworten. Das ist die Handelspolitik der "grundsätzlich neuen Staatsführung".

Es wird höchste Zeit, dass mit diesem faulen Zauber Schluss gemacht wird. Die Leichtfertigkeit und die Verantwortungslosigkeit in der deutschen Han= delspolitik müssen verschwinden. Wir brauchen eine Regierung, die sich nicht von Interessenten leiten lässt, sondern die ihre Politik bestimmen lässt von den Bedürfnissen der deutschen Gesamtwirtschaft, vom Wohl und Wehe der Nation.

Darum weg mit den Papenheimern und den Nazis. Wer Papen und Hitler wählt, macht sich selbst arbeitslos. Wer seine Arbeitsstelle erhalten will, wählt Liste 2 (Sozialdemokraten).

SPD. Zur rechten Zeit wendet sich der Bund Deutscher Mietervereine Dresden mit einer Darstellung an die Regierung und an die Öffentlichkeit, die sich mit dem Chaos beschäftigt, das die Reaktion auf dem Bau= und Woh= nungsmarkt angerichtet hat. Mit der Ausschaltung der Sozialdemokratie hat man den Teil der riesigen Inflationsgewinne des Hausbesitzes, den der Staat in Form von Hauszinssteuern für sich in Anspruch nahm und während der Zeit, wo die Sozialdemokratie Einfluss auf die Regierungen hatte, für die Belebung

des Baumarktes und die Ueberwindung der Wohnungsmisere verwandte, einer leichtsinnigen Subventionspolitik zugeführt. Die Wohnungsmisere steigt, der Baumarkt liegt verödet da. Hunderttausende von Mietern müssen sich mit Wohnlöchern behelfen. Hunderttausende von Bauarbeitern sind aber arbeitslos. Die ganze Entwicklung zwingt die Mieter, Schluss mit der Bau- und Wohnungspolitik der Reaktion zu machen. Der Mieter muss am 6. November sozialdemokratisch wählen.

Die erwähnte Denkschrift des Bundes Deutscher Mietervereine trägt die Ueberschrift "Volkswohl geht vor Eigennutz". Sie weist auf die bestehende Lücke im Arbeitsbeschaffungsprogramm der Reichsregierung hin, fordert als beste Ankurbelung unserer inneren Wirtschaft Wohnungsbau und Siedlung auf weite Sicht, betont die Bedeutung der Hauszinssteuer, ihre Berechtigung als Ausgleich für die geschädigten Hypothekare und Sparer, und fordert mit bestimmten Vorschlägen ihre Beibehaltung bei einer gerechteren Neuregelung. Im übrigen wird im Zusammenhang mit der Forderung nach Mietsenkung auf die Notwendigkeit einer Zinssenkung hingewiesen.

Ein besonderes Kapitel bildet in der Darstellung des Bundes Deutscher Mietervereine die Frage der Reparaturen und Reparaturkosten. Es wird darauf hingewiesen, dass der grosse Hausbesitz alljährlich in der Miete 1 Milliarde als Instandsetzungskosten erhält. Der und fordert den Verwendungszwang für den Teil der Miete, der wirtschaftlich für Instandsetzungsarbeiten bestimmt ist. Gerade diese Forderung hat die Sozialdemokratie seit Jahr und Tag ganz besonders betont.

SPD. Zu dem Plan, die alte überlegte Radfahrsteuer wieder einzuführen, erfahren wir, dass die gegenwärtig der Reichsregierung vorliegende Denkschrift eine Versicherungsprämie vorsieht, die pro Radfahrer und pro Jahr 1 Mark betragen soll. Dazu soll ein "einmaliger" Polizeiverwaltungskostenbeitrag in Höhe von 1 Mark treten. Für Schild und Ausweis sind schliesslich 50 Pfennige zu zahlen. Damit wird der Radfahrer pro Jahr mit 2.50 Mark belastet. Man denkt sich die Sache so, dass die Polizei alljährlich die Beiträge für die Versicherungsgesellschaften einkassiert. Demnach müsste der "Polizeiverwaltungskostenbeitrag" jährlich erhoben werden.

Dass es sich bei diesem Projekt um den Raubzug von Versicherungsgesellschaften handelt, braucht nicht betont zu werden. Millionen erwerbsloser Radfahrer haben aber andere Sorgen, als mit ihren kargen Unterstützungsgroschen irgendwelche Versicherungsgesellschaften zu bereichern. Die Radfahrer haben die Pflicht, gegen die ihnen zugemutete Vergewaltung am 6. November geschlossen zu protestieren, indem sie Liste 2 (Sozialdemokraten) wählen.

SPD. Preussen, das unter der Weimarer Koalition mit Recht so stolz auf seine saubere Finanzwirtschaft war, hat sich entschliessen müssen, einen "Ueberbrückungskredit" von 100 Millionen Mark aufzunehmen, obwohl das Reich Preussen zur Einführung der Schlachtsteuer zwang. Nach vorliegenden Meldungen rechnet man mit einer längeren Laufzeit des Kredits.

Interessant ist nun, dass ein Teil des Kredits aus Holzverkäufen des preussischen Fiskus abgetragen werden soll. Wir können uns die Verwirklichung dieses Projektes schlecht vorstellen. So weit gegenwärtig der preussische Forstfiskus zu schlechten Preisen Holz verkauft, sind die Einnahmen im Etat eingestellt. Man scheint nun einen stärkeren Holzeinschlag zu planen, ohne sich darüber klar geworden zu sein, ob man das vermehrt geschlagene Holz überhaupt verkaufen kann. Unserer Ansicht nach kann der Markt grössere Mengen unmöglich aufnehmen.

Das Projekt mit der Abtragung des Kredits durch vermehrten Holzverkauf scheint uns arg auf dem Holzwege zu sein.

SPD. Die Bubiag (Braunkohlen und Brikettindustrie A.G.), die im ostelbischen Braunkohlenrevier massgebend ist und von der aus der tschechische Braunkohlenindustrielle Petschek das ostelbische Braunkohlensyndikat beherrscht, zahlt für das verflossene Geschäftsjahr wieder eine Dividende von 10 %. Die Bilanz und die Gewinnrechnung vermittelte den Eindruck, dass man sich wieder einmal ernsthaft bemühen musste, die gemachten Reingewinne zu verstecken. Trotzdem sind es gerade die Braunkohlenindustriellen, die auf Lohnabbau und Abbau der Sozialpolitik dringen. Abgesehen von den Enthüllungen im Caro-Petschek-Prozess, die den tschechischen Braunkohlenmagnaten Petschek nicht als den geeigneten Treuhänder in der deutschen Wirtschaft erscheinen lassen, muss bei der bevorstehenden Verlängerung des ostelbischen Braunkohlensyndikats endlich einmal die Frage der überhöhten Braunkohlen- und Brikettpreise in Angriff genommen werden. Aber wir befürchten, dass die "grundsätzlich neue Staatsführung" mit Zwickeldingen und Wahlrechtsverschlechterungen so viel zu tun hat, um sich diesen "Kleinigkeiten" zu widmen.

Nachdem die Bubiag abermals 10 % ausgeschüttet hat, verbleibt noch ein Gewinnrest von fast 235 000 Mark. Die Guthaben bei den Banken sind weiter angestiegen, und zwar von 1,97 Millionen Mark auf 3,04 Millionen Mark. Bei den Wertpapieren, 1,87 Millionen Mark gegen 6,08 Millionen Mark im Vorjahr scheint man stark abgeschrieben zu haben. Erhöht erscheinen die Beteiligungen 3,68 Millionen gegen 0,52 Millionen Mark.

Der Reingewinn wird mit 2,16 Millionen Mark angegeben gegenüber 2,33 Millionen Mark. Die Abschreibungen erscheinen mit 3,5 gegenüber 3,75 Millionen. Der Rohgewinn beträgt 8 Millionen (im Vorjahre 8,62 Millionen).

SPD. Die "Allgemeine Fleischerzeitung", die auch einmal zu den unentwegten Kämpfern gegen den "Marxismus" und die "rote Zwangsherrschaft" gehörte, benutzt eine stille Stunde, um sich über die Segnungen der "grundsätzlich neuen Staatsführung" klar zu werden. Sie führt aus, "wenn einmal die Geschichte des Jahres 1932 geschrieben wird, dann wird es vielleicht u.a. heissen, dass im Jahre 1932 ein einst blühendes Handwerk hingemordet worden ist, hingemordet durch ein ausgeklügeltes einzigartiges System. Das Banner dieses Systems, das von den Behörden im Sturm gegen das Gewerbe vorangetragen wurde, trägt 3 Inschriften: Erhöhte Umsatzsteuer, Schlachtsteuer, Salzsteuer. Da, wo einst Glück und Zufriedenheit herrschte, ist heute Verzweiflung. Da, wo einst eine gesunde Wirtschaft ihren Segen ausstrahlte, ist heute ein grosses Nichts."

Wir haben immer gesagt, dass so manchem, der sich im Wüten gegen den Marxismus und gegen die Sozialdemokraten nicht genug tun konnte, erst ein Licht aufgehen wird, wenn die "verruhten Sozen" nicht mehr regieren. Das bewahrheitet sich jetzt bei der Fleischerzeitung und bei den Fleischermeistern. Die Hand des Herrn von Papen ist nicht leicht, erklärlich, wenn man berücksichtigt, dass ein Waggon Salz, der zur Zeit, als die Sozialdemokraten in der Regierung waren, noch 750 Mark kostete, heute, wo wir Herrn von Papens "autoritäre" Regierung haben, sich auf 2 250 Mark stellt. Auf 750 Mark Salz sind allein 1 800 Mark Salzsteuer zu zahlen. Dass das den Fleischermeistern "grundsätzlich neu" vorkommt, ist uns verständlich. Bei der durch die Regierung von Papen verschärften Umsatzsteuer geht ohne Zweifel bei vielen Fleischermeistern der Verdienst und der Reingewinn zum Teufel. Dazu kommt die Schlachtsteuer, d.h. eine besondere Umsatzsteuer für Fleisch, zu der der Reichskanzler von Papen die alte preussische Regierung zwang und die der

Reichskommissar von Papen in Preussen gar nicht abzuschaffen gedenkt. Vielmehr tut Herr von Papen alles, um auch andere Länder zur Einführung der Fleischsteuer zu bewegen. Und die Fleischsteuer drückt! Nach der "Dleischerzeitung" hat ein Fleischermeister, der 4 Schweine, 1 Ochsen und 2 Kälber in der Woche schlachtet, an Schlachtsteuern allein 4 300 Mark im Jahr zu zahlen. Ein Meister, der 9 - 10 Schweine, 1 bis 2 Rinder, 2 bis 3 Schafe und 2 Kälber pro Woche schlachtet, muss im Jahre mit 6 800 Mark an Schlachtsteuern bluten. Ein Grossschlächter, der pro Woche 150 Schweine schlachtet, muss über 62 000 Mark an Schlachtsteuern zum Finanzamt tragen.

Das ist nun bei dem Kampf gegen den Marxismus herausgekommen. Unter den Folgen leiden nicht nur die Konsumenten, sondern auch die Fleischermeister. Dabei haben Fleischermeister und Konsumenten die besondere Genugtuung, dass mit ihren Steuergroschen die Grosslandwirtschaft und die Grossindustrie subventioniert wird.

Wir fragen aber, wie ist das nur möglich? Wie konnten in der deutschen Republik solche Gesetze gegen die Konsumenten und gegen die kleinen Betriebe gemacht werden? Die Möglichkeit begann mit den Wahlsiegen der Nazis. Mit dem Emporsteigen der Nationalsozialisten wurde die Partei der Verbraucher und der kleinen Leute, die Sozialdemokratie, ausgeschaltet. "Auf dem Buckel der Nazis", wie Goebbels zugab, stieg die Papenregierung, die jetzt auf ihrem Banner stehen hat: "Erhöhte Umsatzsteuer, Schlachtsteuer, Salzsteuer" in den Sattel und machte Steuergesetze, die Verbraucher und den kleinen Mann in der Wirtschaft erdrücken.

Sehen die Gewerbetreibenden nicht bald ein, wie unsinnig sie mit ihrem Wüten gegen die Sozialdemokratie gehandelt haben? Noch ist es Zeit, die Weiche umzustellen. Noch bietet sich die Möglichkeit zu einer Regierung zu kommen, die Steuergerechtigkeit kennt und die gewillt ist, auch den Verbraucher und den Handwerksmeister leben zu lassen. Wenn wir Steuergerechtigkeiten und Subventionsunsinn in unserm Lande beseitigen wollen, haben wir die Pflicht, am 6. November sozialdemokratisch (Liste 2) zu wählen.

Amtliche Eiernotierung.

SPD. Preisnotierungen für Eier (Festgestellt von der amtlichen Berliner Eiernotierungskommission) A. Deutsche Eier: Trinker, vollfrische gestempelte über 65 g 13,50, über 60 g 12,50, über 53 g 12, über 48 g 10,75; aussortierte, kleine und Schmutzeier 8,50. B. Auslandseier: Dänen und Schweden 18er 11, 17er 10,50, 15½ - 16er 9,75 - 10, leichtere 8,50 - 9; Bulgaren, Rumänen, Ungarn und Jugoslawen 7,75 - 8,25; Russen normale 7,75 - 8; abweichende 7 - 7,25; kleine, Mittel- und Schmutzeier 6,50. C. In- und ausländische Kühlhauseier: Grosse 7,50, normale 7. D. Kalkeier: Grosse 7,25, normale 6,75. Die Preise verstehen sich in Rpf je Stück im Verkehr zwischen Ladungsbeziehern und Eiergrosshändlern ab Waggon oder Lager Berlin nach Berliner Usancen. Witterung: schön. Tendenz: fest.

Buttermarkt.

SPD. Berliner Butterpreise vom 29. Oktober. Amtliche Notierung ab Erzeugerstation, Fracht und Gebinde gehen zu Käufers Lasten: I. Qualität 111, II. Qualität 101, abfallende Sorten 92 RM. Tendenz: stetig.

Magazinierung?

(Berliner Getreidebörse vom 29. Oktober)

SPD. Die Lage hat sich am Sonnabend gründlich verändert. Am Promptmarkt lagen die Preise für Roggen und Weizen um 2 Mark höher als am Vortag. Grösser, bis 5,5 Mark für Weizen und 6,25 Mark für Roggen, waren die Preissteigerungen in den handelsrechtlichen Lieferungen. Der Umschwung erklärt sich dadurch, dass man annimmt, die Regierung werde schon in den nächsten Tagen in den Getreidemarkt eingreifen. Mit diesem Gerücht bringt man die plötzliche Rückkehr des Getreidereferenten im Reichsernährungsministerium von seinem Urlaub in Zusammenhang. Entscheidend für die Entwicklung an der Sonnabendbörse dürfte aber die Tatsache sein, dass die Landwirtschaft mit ihrem Angebot stark zurückhält. So war der Umsatz am Promptmarkt äusserst gering. Grössere Partien wurden von den Stützungsstellen aufgenommen.

	28.10.	29.10.
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	189 - 191	191 - 193
Roggen	152 - 154	154 - 156
Braugerste	170 - 180	170 - 180
Futter- und Industriergerste	162 - 169	162 - 169
Hafer	130 - 135	132 - 137
Weizenmehl	23,50 - 27,00	23,50 - 27,10
Roggenmehl	19,25 - 21,75	19,60 - 22,00
Weizenkleie	9,00 - 9,40	9,00 - 9,40
Roggenkleie	8,25 - 8,60	8,25 - 8,60

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen Oktober 200 $\frac{1}{2}$ plus Geld (Vortag 200), Dezember 204 $\frac{1}{2}$ - 206 (201 $\frac{1}{2}$), März 206 $\frac{1}{2}$ - 208 (202 $\frac{1}{2}$). Roggen Dezember 165 - 166 (159 $\frac{3}{4}$), März 166 $\frac{1}{2}$ - 167 $\frac{1}{2}$ (162). Hafer Oktober - bis 138 $\frac{1}{2}$ (-), Dezember - (135 $\frac{1}{2}$), März 140 (137).

Gemüsemarkt.

SPD. Amtliche Grosshandelspreise der Berliner Zentralmarkthalle, RM je 50 kg einschl. Fracht, Spesen und Provision: Weisskohl hiesiger 50 kg 2,00 - 2,50, do. Berliner Gärtnerware 2 - 3, Wirsingkohl hies. 2 - 3, do. Berl. Gärtnerware 2 - 3, Rotkohl hies. 2 - 3, do. Berl. Gärtnerware 2 - 3, Rosenkohl 15 - 18, Grünkohl 4 - 5, Blumenkohl Ia je nach Grösse 100 Kopf 20 - 38, do. IIa 14 - 18, Mohrrüben 2 - 2,50, rote Rüben 3 - 4, Kohlrabi Freiland-Schock 0,60 - 0,90, Rettiche je nach Grösse 3 - 5, Radieschen je nach Qualität Schockbund 0,60 - 1,-, Meerrettich 50 kg 25 - 30, Sellerie je nach Grösse 3,50 - 8, Porree je nach Grösse Schock 0,60 - 1,20, Petersilie grün je nach Bundgrösse 100 Bd. 3 - 10, Salat je nach Grösse 100 Kopf 4 - 10, Salat Rapunzel 50 kg 20 - 30, Spinat je nach Qualität 4 - 6, do. Blatt 4 - 8, Gurken Treibhaus Ia je nach Grösse 100 Stück 28 - 38, do. IIa 12 - 25, Edel-Champignons weiss Ia 50 kg 100 - 110, Tomaten, Freiland 8 - 18, do. Treibhaus Ia 32 - 34, Zwiebeln sortiert (grosse) 6 - 6,50, do. unsortiert 5 - 6, Kürbis 2 - 3.

Gewerkschaftliche Rundschau ✖

Arbeitskämpfe in Grossbritannien.

Generalangriff des Unternehmertums.

SPD. Im Gegensatz zum Kontinent blieb die Arbeiterschaft Grossbritanniens im Krisenjahr 1931 von grösseren Lohnkonflikten verschont. Die Sozialbilanz Englands weist für das vergangene Jahr nur eine Senkung des gesamten Lohnniveaus um wenig mehr als 1% auf. Die Zurückhaltung des britischen Unternehmertums hängt wesentlich mit der Pfundentwertung zusammen; denn diese hat hintenherum zu einer Senkung der Reallöhne geführt. Seit einigen Monaten haben sich aber die sozialen Spannungen in England zusehends verschärft. Nicht nur die zahlreichen Arbeitslosenunruhen, die sowohl im mittelenglischen Industrierevier wie auch im Norden und in London selbst immer wieder aufflackern, beweisen das, sondern noch viel deutlicher treten diese Spannungen bei den neuen konzentrischen Angriffen der Unternehmerschaft auf den Lohnstandard in Erscheinung.

Den Auftakt zu den grossen Arbeitskonflikten, die sich am englischen Wirtschaftshorizont abzeichnen, gab die Aussperrung der 200 000 Baumwollweber von Lancashire Ende August d.Js. Vier Wochen lang stand diese alte Stammtruppe der englischen Textilarbeiter im Streik gegen die Arbeitgeberforderung auf Lohnsenkung um 12½%. Die Verluste, die die Industrie aus diesem gewaltigen Arbeitskampf erwachsen, werden von den Unternehmern auf etwa 15 Millionen Pfund - das sind nahezu 210 Millionen Mark - geschätzt. Die Baumwollmagnaten von Lancashire, die im Vergleichsverfahren schliesslich einen Lohnabbau von 8½% erreichten, haben also ihren Pyrrhus-Sieg sehr teuer bezahlen müssen.

Kaum war dieser Konflikt beigelegt, da drohte dem Industriezentrum von Lancashire ein zweiter, noch grösserer Arbeitskampf, in den 250 000 Spinnereiarbeiter verwickelt waren. Mit Lohnabbauforderungen in Höhe von 15½% übertrumpften die Spinnereiuunternehmer noch die Webereimagnaten. Erst dieser Tage wurde durch das Eingreifen der Regierung in letzter Stunde zwischen den Gewerkschaften und den Arbeitgebern ein Vergleich erzielt, der eine Lohnsenkung von 7 3/4% vorsieht. Nach dem gigantischen Streik vom August 1929, an dem 500 000 englische Textilarbeiter teilnahmen, und der kurzen Aussperrungsperiode im Januar 1931, deren Anlass die Einführung des 8-Webstuhl-Systems war, hat jetzt der dritte entscheidende Arbeitskonflikt bei den Spinnern und Webern mit einer weiteren beträchtlichen Drosselung der Kaufkraft geendet. Die Baumwollherren hätten in Anbetracht der glänzenden Organisation der englischen Textilarbeiter sicherlich nicht einen Teilsieg errungen, wenn nicht der furchtbare Druck einer seit sieben Jahren anhaltenden Arbeitslosigkeit den Arbeitsmarkt im englischen Textilzentrum völlig zerrüttet hätte. Bei einem durchschnittlichen Wocheneinkommen von 40 Schillingen bedeutet die Lohnsenkung bei den Webern und den Spinnern einen Kaufkraftausfall von 15 bis 16 Millionen Mark jährlich.

Diese Schrumpfung der Kaufkraft lässt die Unternehmer ihres Teilsieges nicht froh werden. Seit Kriegsende krankt die im wesentlichen auf den Weltexport eingestellte Textilindustrie Englands am Exportschwund. Dies ist kein

Wunder, denn der grosse ostasiatische Markt, Englands bester Abnehmer vor dem Kriege, wird mehr und mehr durch Selbstversorgung der japanischen, chinesischen und indischen Baumwollindustrie befriedigt. Die Spindelzahl in diesen drei Ländern überschritt bereits im vergangenen Jahr die 20-Mil-lionen-Grenze und dürfte im laufenden Jahr eine weitere Erhöhung um etwa 8-10% erfahren haben. In welchem Umfang die japanische Industrie sich den indischen Boykott gegen England zunutze macht, beweist die Tatsache, dass seit dem Sommer vergangenen Jahres die Einfuhr von japanischen Baumwollgarnen nach Indien sich um das Achtfache gesteigert hat, während die englische Einfuhr sich nach dem Abflauen der radikalen Boykottbewegung noch nicht einmal verdoppeln konnte. Bei der Einfuhr von Baumwollgeweben nach Indien ist England hoffnungslos hinter Japan zurückgefallen, dessen Import im Sommer d.J. fast dreifach so hoch war wie der britische.

Bei den Konkurrenzverhältnissen in Ostasien ist es aussichtslos für England, durch Lohndruck eine Exportsteigerung herbeizuführen, wenn die Baumwollunternehmer den Lebensstandard der Arbeiter von Lancashire nicht auf den Tiefstand des chinesischen Kuli oder des indischen Arbeiters herabdrücken wollen. Umso fühlbarer wird sich daher die Abdrosselung der Kaufkraft auf dem inländischen Absatzmarkt fühlbar machen, der bisher den Be-
trieben immerhin noch eine gewisse Stütze gewährt hat.

Man hat in England aus den schlimmen Erfahrungen, die man mit der ri-
gorosen Einkommensdrosselung in Deutschland gemacht hat, nichts gelernt. Im
englischen Verkehrsgewerbe steht jetzt der grösste Lohnkonflikt bevor, den
England seit dem Bergarbeiterstreik von 1926 erlebt hat. Die Vereinigung
der grossen englischen Eisenbahnkonzerne - die Eisenbahn ist in England noch
in privatkapitalistischen Händen - hat bereits angekündigt, dass der scharfe
Einnahmerückgang in den letzten beiden Jahren zu einer grundlegenden Reform
(!) der Lohn- und Gehaltssätze zwingt. Die Unternehmer haben ihre Forderungen
auf Lohnabbau noch nicht veröffentlicht. Daher haben auch die Gewerkschaften
zu diesen Drohungen noch nicht Stellung genommen. Jedenfalls aber droht hier
ein Riesenkonflikt, der bei der lebenswichtigen Bedeutung des Verkehrswesens
schwerste Gefahren für den gesamten Wirtschaftsmechanismus in England herauf-
beschwören kann.

SPD. Die Vereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände hat, wie wir aus
zuverlässiger Quelle erfahren, einen Entwurf zur vollständigen Reorganisa-
tion der Sozialversicherung ausgearbeitet. Dieser Entwurf soll schon in den
nächsten Tagen der Reichsregierung übermittelt werden. Wie alle bisherigen
sozialpolitischen Reformvorschläge aus Unternehmerkreisen, so zielt auch
der erwähnte Entwurf auf eine weitere Kürzung der schon stark geschmälernten
Renten für Invaliden, Witwen und Waisen. Auch die Arbeitslosenversicherung
soll in den Bereich der Reform einbezogen und wahrscheinlich vollständig zer-
schlagen werden. Die Knappschaft, die Sondernversicherung der Bergarbeiter,
soll ebenfalls nicht verschont werden. Die Fachgruppe Bergbau wurde mit der
Ausarbeitung besonderer Reformvorschläge beauftragt.

Kaum hat die Unternehmerregierung einige Härten im Sozialabbau gemil-
dert, da beeilt sich die Arbeitgeberspitze, einen neuen Abbau anzumelden.
Die gesamte Arbeiterschaft muss rechtzeitig gegen diesen neuen Vorstoss der
Arbeitgeber mobil machen. Der wirksamste Protest wäre ein Erfolg der Sozial-
demokratie am 6. November im Wahlkampf; denn nur dem sozialistischen Einfluss
in der Nachkriegszeit ist der Ausbau der Sozialversicherung zu danken, und
nur eine starke Sozialdemokratie im Reichstage ist ein Schutzwall gegen den
Sozialabbau.

SPD. In Oldenburg ist ein Streik der Bauarbeiter gegen eine missbräuchliche Anwendung der Lohnabbauverordnung mit einem vollen Erfolg für die Arbeiter beendet worden. Die Unternehmer und die Kreisleitung des Handwerksbundes mussten vor der Geschlossenheit und Solidarität der Streikenden kapitulieren. Die Arbeit ist zu den normalen Tariflöhnen wieder aufgenommen worden.

SPD. In der württembergischen Ziegelindustrie bestehen seit Monaten Lohndifferenzen. Obwohl ein Lohntarif existiert, versuchen die Unternehmer immer wieder - bisher ohne Erfolg - niedrigere Löhne zu erzwingen. In den Ziegeleibetrieben Böblingen, Ludwigsburg, Fillbach, Stuttgart, Münster und Ditzingen, in denen tarifwidrige Lohnkürzungen vorgenommen werden sollten, haben die Ziegler einmütig die Arbeit eingestellt. Die Bewegung wird vom Verband der Fabrikarbeiter geführt.

Über die Ziegeleiunternehmer muss man sich wundern. Auf ihrer Reichsverbandstagung stellten sie kürzlich übereinstimmend fest, dass trotz berechtigter Erbitterung über die Sünden der Schlichtungsinstanzen in der Vergangenheit die Festhaltung am Tarifvertragssystem ein geeignetes Mittel sei, anarchische Zustände in der Lohn- und Preispolitik zu verhindern. Zu Hause sind sie anderer Meinung.

SPD. In der Metropole der bayerischen Porzellan-Industrie, in Selb, wo in normalen Zeiten rund 5 000 Personen in der Porzellan-Industrie einen Arbeitsplatz finden konnten, sind gegenwärtig nur noch 2 500 Arbeitskräfte in den Betrieben. Davon haben nur 320 eine Wochenarbeitszeit von über 36 Stunden. Alle anderen stehen in Kurzarbeit. Rund die Hälfte der ehemals Beschäftigten ist arbeitslos.

Infolge der Weihnachtsaufträge konnten 182 Personen neu eingestellt werden.

SPD. An die Redaktionen! Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund hat eine besondere Werbeaktion unter der arbeitenden Jugend eingeleitet. Sie hat zum Teil bereits begonnen, wird aber in der Hauptsache erst nach der Reichstagswahl einsetzen. Durch Hauswerbearbeit und öffentliche Veranstaltungen wird von den gewerkschaftlichen Jugendkartellen die Aktion in die Wege geleitet. Zur Unterstützung der Aktion veröffentlichen wir in den folgenden Wochen Notizen und kleinere Artikel über die gewerkschaftliche Jugendarbeit, worauf wir schon jetzt die Parteipresse aufmerksam machen wollen. Der Hauptstoss der Aktion erfolgt in der Zeit vom 10. bis 30. November.
